

Neues aus dem Landtag

Ausgabe: November 2019



Liebe Leserinnen und Leser,

das November-Plenum liegt knapp hinter uns. Die Schwierigkeiten der Windkraftindustrie, die Reduzierung von Wegwerfprodukten, die Netzausbau-Offensive für den ländlichen Raum, digitale Bildung - diese Themen beschäftigten uns unter anderem in der letzten Woche.

Außerdem besuchte mich eine Gruppe aus Cuxhaven und Nordleda, um während einer Plenardebatte einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und mit mir ins Gespräch zu kommen. Das gemeinsame Gespräch bietet immer wieder die Möglichkeit, mit neuen Denkansätzen das eigene Handeln zu hinterfragen.

Sie möchten mich auch einmal bei meiner parlamentarischen Arbeit im Landtag besuchen? Kontaktieren Sie mein Büro bitte via info@thiemo-roehler.de. Ich freue mich auf Ihren Besuch!

Aber auch über Anregungen, Kritik oder positive Rückmeldungen bin ich stets dankbar. Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit dieser Lektüre!

Mit den besten Grüßen

Ihr

Thiemo Röhler, MdL



Thiemo Röhler, MdL
Mittelstraße 7a
27472 Cuxhaven

Telefon: 04721 666 47 20
Telefax: 04721 666 47 22

info@thiemo-roehler.de
www.thiemo-roehler.de



Röhler: **Sicherheit der Menschen** entlang unserer Küsten und auf den Schiffen gewährleisten

Hannover. „Die nicht lange zurückliegenden zwei verheerenden Unfälle in der Nordsee haben deutlich gemacht, wie gefährlich Schifffahrt sein kann. Unsere Verantwortung als Politik ist es, für die Sicherheit der Menschen entlang der Küsten und natürlich auf den Schiffen zu sorgen“, erklärt der Abgeordnete Thiemo Röhler während der vergangenen Landtagsdebatte zur Sicherheit in der Containerschifffahrt.

Daher begrüßen die Regierungsfractionen die bereits umgesetzte Optimierung des Einsatzkonzeptes der Notschlepper auf Nord- und Ostsee sowie die von Niedersachsen und Schleswig-Holstein initiierte Bundesratsinitiative zur Ausstattung von Gefahrgutcontainern mit Peilsendern.

„Darüber hinaus wollen wir, dass die Beherrschung der englischen Sprache im Rahmen der Internationalen Seefahrtsorganisation eingefordert wird und Verstöße geahndet werden. Ferner bedarf es einer regelmäßigen Evaluation des Havariekommandos und es muss kritisch hinterfragt werden, welche Routen für welche Schiffstypen und Schiffsklassen befahrbar sein sollen“, so Röhler.

Mit dem vor Kurzem im Landtag beschlossenen Antrag sei man diesen Zielen ein gutes Stück näher gekommen.

Rede: Sicherheit in der Containerschifffahrt erhöhen - Havarien vermeiden - Umweltschäden vorbeugen



Abschließende Beratung - Sicherheit in der Containerschifffahrt erhöhen - Havarien vermeiden - Umweltschäden vorbeugen

Hier können Sie sich die Rede ansehen: <https://www.youtube.com/watch?v=8FSEC5AybHE>



Thiele: Windenergie **Kerntechnologie** der Energiewende – Klimaschutz vor Artenschutz

Vor dem Hintergrund des Stellenabbaus beim Auricher Windenergieanlagen-Hersteller Enercon hat sich der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele für einen erheblichen Ausbau der Windenergie in Niedersachsen ausgesprochen. Hierfür müsse „aber endlich eine der größten Bremsen gelöst werden: Die langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland.“

Zugleich ging er in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil mit dem Management des größten ostfriesischen Unternehmens hart ins Gericht: „In Wahrheit hängt der geplante Arbeitsplatzabbau nur zu einem Teil mit den schlechten Rahmenbedingungen für die Windenergie zusammen. Ein wesentlicher Teil der geplanten Entlassungen ist eine knallharte Kostenentscheidung und dient der Korrektur eigener Fehler der vergangenen Jahre.“



Die Übergangsregelung der EEG-Novelle habe bis zum Jahr 2017 zu einem Errichtungsboom geführt, der den für eine kontinuierliche Entwicklung erforderlichen Bestand an genehmigten Projekten empfindlich reduziert habe, so Thiele. „Aufgrund der eingetretenen Verunsicherung und der hohen Vorinvestitionen bei sinkender Renditeerwartung für die Projektentwicklungen wurden gleichzeitig weniger neue Planungen zur Genehmigungsreife vorangetrieben.“



Da zugleich der größte Anteil der Zuschläge auf Bürgerenergieprojekte entfallen ist, deren Realisierung länger braucht, würde der für 2019 und 2020 vorgesehene Ausbaupfad unterschritten.

„Wenn wir das selbstgesteckte Ziel erreichen wollen, bis zum Jahr 2030 den Stromverbrauch zu 65 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken, ist dafür ein erheblicher Ausbau der Windkraft zwingend erforderlich“, so Thiele. Hierfür sei es insbesondere notwendig, die langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu überarbeiten. Als Beispiel nannte er das Repowering bereits bestehender Windkraftanlagen. So könne die Nutzung dieser Flächen teilweise nicht verlängert werden, weil Vögel, die vor 20 Jahren noch an anderer Stelle genistet hatten, sich nun ausgerechnet unter den Windkraftanlagen angesiedelt haben – „mit der Konsequenz, dass diese Flächen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.“ Hier sei, so Thiele, Bundesumweltministerin Schulze gefragt: „Sie muss eine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes mit Ausnahmen für die Windenergie von Artenschutz und Ausgleichsmaßnahmen vorlegen. Denn: Wenn wir das Klima nicht schützen, gibt es bald keine Arten mehr, die das Bundesnaturschutzgesetz schützen kann. Deswegen muss der Klimaschutz Vorrang vor dem Artenschutz bekommen.“

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene 1000-Meter-Abstandsregelung zur Wohnbebauung solle man sich allerdings ohne Vorbehalte ansehen. „Das gesamte Genehmigungsverfahren leidet erheblich unter den Konflikten mit der Bevölkerung. Und sie werden deutlich beschleunigt, wenn die Konflikte zu Wohnbevölkerung entschärft werden. Mehr Rücksichtnahme auf die Bevölkerung und zugleich Begrenzung des Artenschutzes auf das notwendige Maß – in dieser Kombination stünden ganz sicher in kürzerer Zeit mehr Flächen für die Windenergie zur Verfügung“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende abschließend.

Landtagsabgeordneter Thiemo Röhler zeigt sich tief bestürzt über **Schändung der Gedenkstätte**

Kurz nach dem Attentat in Halle wurde die Schmiererei an der Gedenkstätte, für die am Schießstand in Sahlenburg ermordeten Widerstandskämpfer, entdeckt. Dass es sich dabei um einen Judenstern handelt macht umso betroffener.

Der Landtagsabgeordnete Thiemo Röhler zeigt sich betroffen über die Verrohung des politischen Diskurses in der Gesellschaft: „Wir haben aufgrund unserer Historie eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und den Juden. Wir müssen dafür sorgen, dass die jüdische Bevölkerung bei uns in Deutschland problemlos leben kann und sich im Alltag nicht vor Attacken fürchten muss. Die Vorfälle in Halle und auch in Sahlenburg sind eine Schande! Ich hoffe, dass die Täter ermittelt werden und entsprechend zur Verantwortung gezogen werden“.



Land stärkt Katastrophenschutz im Landkreis Cuxhaven „DRK“ erhält vier Sanitätsgerätewagen

Landkreis Cuxhaven. Der Katastrophenschutz im Landkreis Cuxhaven erhält tatkräftige Unterstützung vom Land Niedersachsen. Wie der CDU-Landtagsabgeordnete Thiemo Röhler mitteilt, erhält der Landkreis Cuxhaven für vier Sanitätsgerätewagen in Kürze einen entsprechenden Zuwendungsbescheid durch das Amt für Brand- und Katastrophenschutz. Für die Förderung von insgesamt 49 Einsatzfahrzeugen für Hilfsorganisationen stellt Niedersachsen rund 3,2 Millionen Euro zur Verfügung.



„Wie schon im vergangenen Jahr legen wir wieder großen Wert auf den Ausbau des Katastrophenschutzes“, sagt Thiemo Röhler, MdL. „Niemand kann vorhersehen, wann und wo der nächste Katastrophenfall auftritt. Deshalb ist es wichtig, dass unsere Hilfsorganisationen jederzeit über die erforderliche Ausstattung verfügen.“

Ein Termin für die Fahrzeugübergabe und auch die genauen Anschaffungskosten sind noch nicht bekannt. Der CDU-Abgeordnete Thiemo Röhler wird darüber informieren.



Baumschnitt am **BAB-Kreisel** ist wichtige Maßnahme für unseren **Hafenstandort**

Cuxhaven. Nachdem sich der CDU-Landtagsabgeordnete Thiemo Röhler und der Niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) persönlich des Themas angenommen haben, sind erste Fortschritte bei den Umbauarbeiten am Cuxhavener BAB Kreisel zu erkennen.

„Ich bin begeistert, dass es endlich losgeht und nun die vorbereitenden Maßnahmen angegangen werden. Die Zeiten von „Zwischenlösungen“, mit mobilen Ampeln und nicht ausreichender Befestigung des Kreisverkehrs, nähern sich dem Ende. Ich danke dem Niedersächsischen Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Althusmann (CDU) für seinen persönlichen Einsatz sowie der Stadtverwaltung, NPorts und Cuxhavener Hafen Entwicklungsgesellschaft“, so Thiemo Röhler.

Seit März 2017 nutzt unter anderem das Unternehmen Vestas den Hafen in Cuxhaven für den Umschlag Ihrer Komponenten, die zur Errichtung von Windenergieanlagen notwendig sind. In diesem Zusammenhang hat jüngst die Firma BREB entsprechende Hafenanlagen von NPorts gemietet.

Röhler abschließend: „Ich bin sehr froh, dass dann auch eine gefestigte Ampelanlage installiert werden wird. Mit dem umgebauten Autobahnkreisel wird Cuxhaven an der deutschen Küste ein Alleinstellungsmerkmal haben, mit dem wir unserer Hafenwirtschaft deutlich den Rücken stärken“.





Bley: **Meisterpflicht** wieder einführen – Bekenntnis zu Qualität, Wissensvermittlung und Verbraucherschutz

Hannover. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karl-Heinz Bley, begrüßt den Beschluss des Bundeskabinetts, die Meisterpflicht „zumindest in 12 Berufen“ wieder einzuführen. Hiervon betroffen sind hauptsächlich Berufe des Bauhandwerks, aber auch Orgelbauer und Holzspielzeugmacher.

„Die Abschaffung der Meisterpflicht in 53 von 94 Handwerksberufen vor rund 15 Jahren war ein Fehler. Es zeichnete sich schnell ab, dass die Weitergabe von Wissen und eine qualifizierte Ausbildung in den zulassungsfreien Handwerksberufen gefährdet sind“, sagte Bley zur Begründung eines unterstützenden Entschließungsantrags von CDU und SPD.



Die Bundesrepublik werde in der ganzen Welt für ihre duale Berufsausbildung gelobt, die große Anerkennung erfahre und Nachahmer finde, so Bley weiter. „Zur dualen Ausbildung gehört aber auch die Meisterprüfung. Sie ist die Voraussetzung für die Ausübung von gefahrgeneigten Berufen.“ Der Meisterbrief stehe zudem für Qualität, Wettbewerbsfähigkeit, Verbraucherschutz und einen hohen Ausbildungsstandard. „Das sieht auch die Europäische Kommission so!“

Die Landesregierung solle sich nun dafür einsetzen, dass die verbleibenden zulassungsfreien Handwerke die gleichen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung haben wie Handwerke mit Meisterpflicht. „Hierzu gehören die verstärkte Forderung von Aus- und Weiterbildung sowie die Option, spätestens mit der vorgesehenen Evaluierung in fünf Jahren gegebenenfalls auch die Einstufung als zulassungspflichtiges Handwerk zu erfahren“, so Bley abschließend.



Althusmann: Finanzminister Scholz sollte innerparteilichen SPD-Wahlkampf nicht nutzen, um mit **populistischen Vorschlägen** gegen unsere **Vereine** vorzugehen

„Es ist verständlich, dass Olaf Scholz angesichts des innerparteilichen SPD-Wahlkampfes nach Profilierungsmöglichkeiten sucht. Allerdings sollte er diesen innerparteilichen Wahlkampf nicht mit abwegigen Ideen in unsere Vereine tragen. Ich hoffe sehr, dass er noch mal darüber nachdenkt, da ich mir nicht vorstellen kann, dass er das wirklich ernst meint“, erklärt CDU-Landesvorsitzender Bernd Althusmann angesichts der Vorschläge von Bundesfinanzminister Scholz, zukünftig Vereinen, die nur ein Geschlecht als Mitglied haben, pauschal die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

„Sehr viele unsere Vereine sind sehr alt und historisch gewachsen. Frauenchöre oder Männergesangsvereine, aber auch Vereine im Schützenwesen oder zum Beispiel Karnevalsvereine sind in ihrer traditionellen Mitgliedschaft so gewachsen, wie sie sind. Dies hat doch in keiner Weise etwas mit Diskriminierung zu tun“, so Althusmann. Dabei vergesse Scholz auch, dass es nicht nur Vereine mit rein männlicher Mitgliedschaft gebe, sondern auch unzählige Vereine, die nur weibliche Mitglieder haben.

„Ich kann dem Bundesfinanzminister nur empfehlen, diesen Plan schnell wieder ad acta zu legen und sich stattdessen gemeinsam mit uns darüber Gedanken zu machen, wie wir unsere Vereine zukünftig weiter stärken können, damit wir unseren zigtausenden Ehrenamtlichen in Deutschland als Politik eine Hilfe sind und keine Last. Zumal ich nicht glaube, dass er damit im innerparteilichen Wahlkampf der SPD wirklich punkten wird“, so der CDU-Landesvorsitzende. Auch innerhalb der SPD gebe es ja zigtausend Vereinsmitglieder, die diesen Vorschlag sicher nicht begrüßen dürften.





Ehbrecht: **Netzausbau-Offensive** für ländlichen Raum starten – gleiche Lebensverhältnisse in ganz Niedersachsen

Vor dem Hintergrund zahlreicher „weißer Flecken“ bei der Mobilfunkversorgung in Niedersachsen legen CDU und SPD im Rahmen ihrer Digitalisierungsinitiative einen besonderen Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. „Eine leistungsfähige Versorgung mit mobilen Datendiensten ist die Basis für die Gigabit-Gesellschaft von morgen. Nur bei optimaler Versorgung in allen Landesteilen können im ganzen Land neue innovative Geschäftsmodelle und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen“, sagte der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht zur Einbringung des Antrages beider Regierungsfractionen.



„Schon jetzt arbeitet die Landesregierung an einem Landesförderprogramm für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung in den ländlichen und grenznahen Regionen, die ansonsten aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit der Investitionen nicht dauerhaft versorgt werden können. Hierfür sind im Masterplan Digitalisierung 20 Millionen Euro vorgesehen“, so Ehbrecht weiter. „Auch der Bund sollte, wie von den Ländern gefordert, ein solches Programm auflegen.“

Doch auch die betroffenen Kommunen selbst wolle man mithilfe geförderter Mietmodelle in die Lage versetzen, eigene Mobilfunkstandorte zu initiieren oder entsprechende Baukonzessionen zu vergeben. Darüber hinaus soll die Landesregierung gebeten werden, bestehende Digitalstandorte des staatlichen Behördenfunks derart zu ertüchtigen, dass Netzbetreiber diese kostenpflichtig mitnutzen können.